

Ingrid Pahlmann MdB Abgeordnete für Gifhorn und Peine



29. Januar 2016

CDU

50. Parlaments – Postille



**Sehr geehrte
Damen und Herren,
liebe Freunde,**

das gemeinsame Ziel der Großen Koalition in der Flüchtlingspolitik lautet weiterhin, die hohe Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge nachhaltig und spürbar zu reduzieren. Diejenigen, die ein Bleiberecht haben, werden aufgenommen. Alle anderen müssen Deutschland wieder verlassen. Über die Frage, wie dies erreicht werden kann, gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Wie der Streit darüber in den letzten Wochen und Tagen ausgetragen wird, verunsichert die Menschen und lässt sie an der Handlungsfähigkeit der Koalition zweifeln, was die Verunsicherung noch weiter verstärkt. CDU und CSU müssen endlich wieder gemeinsam mit Bundeskanzlerin Merkel an einer tragfähigen Lösung arbeiten. Grenzsicherungen dagegen hätten fatale Folgen nicht nur für Europa sondern auch für die Wirtschaft. Davor haben Vertreter von Industrie-, Handwerks-, und Arbeitgeberverband eindringlich gewarnt. Die Kosten für die deutsche Wirtschaft könnten durch Staus und Wartezeiten, zusätzliche Bürokratie oder die Umstellung von „Just-In-Time-Lieferung“ auf deutlich teurere Lagerhaltung schnell auf zehn Milliarden Euro pro Jahr summieren.

Die Konferenz in London Anfang Februar und dann der Europäische Rat am 18. und 19. Februar sind die herausragenden Wegmarken. Danach muss eine Zwischenbilanz gezogen

werden. Wenn Europa nicht in der Lage ist, die große Herausforderung der Flüchtlinge gemeinsam zu bewältigen, wird dieses Europa am Ende des Jahres anders aussehen.

Neben diesem europäischen Weg wurden bereits eine Reihe nationaler Maßnahmen getroffen. Während im letzten Jahr noch Zehntausende von Flüchtlingen aus Staaten des Westbalkans nach Deutschland kamen, wurde dies durch ihre Anerkennung als sichere Herkunftsländer korrigiert. Nun geht es darum, mit Marokko, Tunesien und Algerien weitere sichere Herkunftstaaten zu definieren und so den Zuzug weiter zu reduzieren. Neben den europäischen Lösungen müssen auch weitere nationale Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Durch den Grundsatz Sach- vor Geldleistungen sollen Anreize reduziert werden. Dass einige Bundesländer dies nicht umsetzen, muss scharf kritisiert werden. Und so richtig es ist, dass die Zahl der Abschiebungen zugenommen hat, so richtig ist auch, dass die Länder hier noch besser werden müssen. Es ist also so, dass neben den wirklich notwendigen Bemühungen der Bundeskanzlerin für eine europäische Lösung nationale Maßnahmen bereits erfolgreich auf den Weg gebracht wurden. Umso ärgerlicher ist es, dass das Asylpaket noch immer nicht verabschiedet werden konnte, weil wir bisher keine Einigung über den Familiennachzug, den wir begrenzen wollen, mit der SPD erzielen konnten. Das ist Donnerstagabend nun endlich gelungen.

Ihre

Ingrid Pahlmann MdB

Kommunen brauchen verlässliche Unterstützung auch der Länder

Die kommunalen Spitzenverbände haben sich am Mittwoch erneut mit Bundeskanzlerin Angela Merkel getroffen, um mit ihr über die aktuelle Lage der Kommunen in der Flüchtlingskrise zu diskutieren.

Wir begrüßen, dass die kommunalen Spitzenverbände in regelmäßigen Abständen die Möglichkeit haben, der Bundeskanzlerin direkt über die Sorgen und Nöte der Kommunen bei der Bewältigung der aktuellen Herausforderung zu berichten. Die Kommunen brauchen dringend eine deutliche Reduzierung des Flüchtlingszustroms sowie eine verlässliche Unterstützung bei der Unterbringung, Betreuung und Integration der Flüchtlinge. Dies gilt auch über den Abschluss des Asylverfahrens hinaus. Das im vergangenen Jahr vereinbarte Asylopaket II muss dringend umgesetzt werden, auch im Interesse der Kommunen, die die Arbeit vor Ort zu gewährleisten haben. Jeder Tag verschärft die Lage in den Kommunen und verstetigt die Belastung vor Ort.

Die Länder sind gefordert, die Kommunen aufgabenangemessen finanziell auszustatten. Wenn Kommunen befürchten, aufgrund der hohen finanziellen Belastungen aus der Flüchtlingsarbeit an den Rand der Haushaltssicherung zu geraten, weil das Land die tatsächlichen Kosten nicht annähernd ersetzt, ist das beschämend und nicht hinnehmbar. Wenn es sonst darum geht, noch den kleinsten Vorteil heraus zu kitzeln, ist man gerne vorne mit dabei. Wenn es darum geht, sich seiner Verpflichtung gegenüber seinen Kommunen zu stellen, wird reflexartig zum Bund geschaut. Wir fordern die betroffenen Länder nochmals auf, die Kommunen endlich aus der finanziellen Bedrängnis zu befreien und eine aufgabenangemessene Finanzausstattung auch bei der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge umzusetzen.

Jahreswirtschaftsbericht 2016

Bundeswirtschaftsminister Gabriel stellte Donnerstag den Jahreswirtschaftsbericht 2016 vor. Es zeichnet sich ab, dass das Bruttoinlandsprodukt trotz des schwierigen internationalen Umfelds auf dem Niveau der beiden vergangenen Jahre weiter wächst. Diese robuste Wirtschaftsdynamik wird binnenwirtschaftlich von den Konsumausgaben und den Wohnungsbauinvestitionen getragen. Den positiven Impulsen von Ölpreisentwicklung, Niedrigzins und relativ niedrigem Wechselkurs

steht ein Wachstumsrückgang in vielen Schwellenländern gegenüber.

Daher muss die Digitalisierung intensiver vorangetrieben, die private und öffentliche Investitionstätigkeit gestärkt werden sowie die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und älteren Erwerbspersonen weiter ausgebaut werden. Auch der erfolgreiche Abschluss von TTIP und die Fortsetzung der Energiewende sind wichtige Bausteine für die künftige Wirtschaftsentwicklung in Deutschland.

Im gleichzeitig vorgestellten Jahresgutachten 2015/2016 beschäftigt sich der Sachverständigenrat unter anderem mit den Schwerpunktthemen Flüchtlingsmigration und Europa. Aufgrund steigender Flüchtlingszahlen rechnet der Sachverständigenrat in 2016 mit zusätzlichen jährlichen öffentlichen Bruttoausgaben von 9 bis 14,3 Mrd. Euro, weist aber auch auf einige unbekannte Größen wie die Länge der Asylverfahren und die Arbeitsmarktintegration hin. Als Gefahr für die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen sieht der Sachverständigenrat unter anderem die drohenden Regulierungen von flexiblen Beschäftigungsmöglichkeiten wie Zeitarbeit und Werkverträgen.

Begegnungen auf der Grünen Woche

Auch unsere Region war auf der Grünen Woche gut vertreten: Aus Wasbüttel präsentierte Gaus-Lütje seine Kartoffelprodukte.



Innovative Arbeitsforschung

Die Arbeitswelt befindet sich in einem stetigen Wandel etwa mit Blick auf die Digitalisierung von Arbeitsprozessen und die Auswirkungen des demografischen Wandels. Um Antworten und Lösungen auf die wegweisenden Fragen für die Arbeitswelt von morgen zu finden, ist eine gut aufgestellte, fundierte und umfänglich finanzierte Arbeitsforschung unverzichtbar.

Aus diesem Grund unterstützen wir zusammen mit unserem Koalitionspartner das vom BMBF angekündigte Rahmenprogramm „Innovationen für die Produktion, Dienstleistung und Arbeit von morgen“. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Umsetzung des Programms zeitnah vorzunehmen, die Einbindung verschiedener Netzwerke, Plattformen und Initiativen in Bund und Ländern zu gewährleisten und Fragen der Arbeitsforschung auf europäischer Ebene stärker zu fördern.

Rote-Hand-Aktion gegen Kindersoldaten



Gegen den Einsatz Minderjähriger als Kindersoldaten sammelt die Aktion Rote Hand jedes Jahr Handabdrücke, die an die UN-Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, Leila Zerrougui übergeben werden. Wie in jedem Jahr habe ich mich auch jetzt wieder an der Aktion beteiligt, um ein Zeichen zusetzen gegen den Missbrauch und die Aufmerksamkeit für das Problem zu schärfen.

Sicherung der Parlamentsrechte bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Der Bundestag beriet die rechtliche Umsetzung der Vorschläge der „Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“. Dadurch sollen die Rechte des Bundestages vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Bündnisintegration in NATO und EU gestärkt werden. Zu den Maßnahmen gehören neben verschiedenen Berichts- und Unterrichtungspflichten etwa auch eine Klärung des Einsatzbegriffs sowie eine praxisnähere Ausgestaltung des vereinfachten Verfahrens.

Fortsetzung und Erweiterung des Bundeswehreinsatzes in Mali

Die Stabilisierung Malis bleibt auch weiterhin im deutschen Interesse. Der Antrag der Bundesregierung sieht vor, dass Deutschland die bisher von den Niederlanden gestellten Fähigkeiten nunmehr ersetzt bzw. ergänzt. Diese umfassen Führung, Führungsunterstützung, Sicherung und Schutz, Aufklärung, sanitätsdienstliche Versorgung, Lufttransport sowie Luftbetankung. Statt bisher 150 Soldaten sollen nun 650 an der UN-Stabilisierungsmission teilnehmen. Ziele sind die Überwachung der Einhaltung der Waffenruhe, Vertrauensbildung, Stabilisierung des Nordens Malis und die Förderung des politischen Aussöhnungsprozesses.

Kontakt

Büro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: (030) 22772341
Fax: (030) 22776067

Büro Gifhorn

Steinweg 5, 38518 Gifhorn
Tel: (05371) 728035
Fax: (05371) 728036

Büro Peine

Freiligrathstr. 4, 31224 Peine
Tel: (05171) 7902225
Fax: (05171) 7902226



CDU